

02. Juli 2005

Beckstein: Stegbau beginnt am Montag Standort in St. Alban sei die „schonendste Lösung“

St. Alban (It).

Ungeachtet aller Proteste, die sich auch gestern wieder artikuliert haben (siehe unten stehender Artikel) wird am Montag mit dem Bau des Steges und des Bootshauses für die Wasserschutzpolizei in St. Alban begonnen.

Die Lage am früheren Dampfersteg sei „die schonendste Lösung in diesem sensiblen Landschaftsbereich“, stellte gestern Nachmittag Innenminister Günther Beckstein (CSU) in einer Pressemitteilung klar. Die Polizeiinspektion Dießen müsse jedes Jahr viele Male in Seenot geratene Menschen bei Sturm bergen und retten.

Für diese wichtige Aufgabe brauche die Polizei ein dafür taugliches Boot samt Bootshaus. Mit dem alten, 2002 ausgesonderten Schiff seien Einsätze bei Sturm nur unter erheblicher Gefährdung der Besatzung möglich gewesen. Das neue Dienstboot sei entsprechend den Anforderungen bei rauem Wasser größer und leistungsfähiger. Der bisherige Liegeplatz am St. Albaner Ufer könne für das neue Boot nicht verwendet werden, da er zunehmend versande. Schon mit dem alten Schiff sei es immer wieder zu Schäden bei Grundberührungen gekommen. Auch die Bausubstanz der alten Bootshütte sei schlecht gewesen. Im Zuge der seit 1999 gelaufenen Planungen habe die Wasserschutzpolizeidirektion mit allen beteiligten Behörden Markt Dießen, Landratsamt, Seenverwaltung, Hochbauamt und Wasserwirtschaftsamt Standortalternativen geprüft. „Nach übereinstimmender Meinung aller Fachleute ist der jetzt vorgesehene Standort am alten Dampfersteg von St. Alban die schonendste Lösung“, so Beckstein.

Im März genehmigt

Das Ostufer komme aus einsatztechnischen Gründen nicht in Frage, da bei Sturm wegen des dort auflaufenden Wassers ein Auslaufen von Booten nicht oder nur unter Lebensgefahr möglich sei. Das Westufer sei großteils in Privatbesitz und stehe weitgehend unter Naturschutz. Alle beteiligten Behörden haben deshalb unter der Voraussetzung von Auflagen und einem landschaftspflegerischen Begleitplan dem Vorhaben zugestimmt. Die Genehmigung durch die Regierung von Oberbayern sei nach Einwilligung aller Nachbarn und Behörden im März erfolgt.